



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

18. Sitzung (öffentlich)

8. Mai 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

| | |
|--|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen | 8 |
| Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/1257 | |

Der Ausschuss beschließt, zeitnah eine Anhörung durchzuführen. Als Termin ist bereits der 26. Juni 2013 ins Auge gefasst worden.

2 Generellen Ausschluss homosexueller Männer von der Blutspende aufheben – Homosexuelle Männer nicht unter Generalverdacht stellen –**9**

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/1627

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1920

APr 16/185

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/290 mit den Stimmen von FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion an.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der durch die Annahme des Änderungsantrags der FDP nunmehr geänderten Fassung Drucksache 16/1627 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion an.

3 Entwurf des Krankenhausplans NRW 2015**10**

Vorlage 16/488
Vorlage 16/543

Apr 16/190

Die Stellungnahme der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erlangt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen die mehrheitliche Zustimmung.

Die Stellungnahme der Fraktionen von CDU und FDP erlangt gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der Fraktionen von FDP und CDU sowie Enthaltung der Piratenfraktion keine mehrheitliche Zustimmung.

Die Stellungnahme der Piraten erlangt gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der Piratenfraktion und Enthaltung der Fraktionen von FDP und CDU ebenfalls keine mehrheitliche Zustimmung.

- 4 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die gesonderte Berechnung nicht geförderter Investitionsaufwendungen für Pflegeeinrichtungen nach dem Landespflegegesetz (2. ÄndVO GesBerVO) 16**

Vorlage 16/824

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales nimmt den Entwurf der Verordnung zur Kenntnis und erhebt keine Einwendungen.

- 5 Kinderschutz stärken – Interkollegialen Austausch von Kinderärzten bei Verdacht auf Kindesmisshandlungen ermöglichen! 17**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2433

Zunächst wird der Vorschlag des federführenden Ausschusses abgewartet.

Im Hinblick auf die Thematik „Vorsorgeuntersuchung U3“ – Expertenanhörung und Auswertung – wird abgewartet, welche Vorgehensweise seitens des Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie vorgeschlagen wird.

- 6 Bericht über die derzeitige Situation der ambulanten Pflege/häuslichen Krankenpflege in NRW 18**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/853

Die Ministerin berichtet. – Der Bericht wird diskutiert.

- 7 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen 21**

Gesetzentwurf

der Landesregierung
Drucksache 16/1188
APr 16/168

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten zu einem neuen Artikel 7 – Änderung des Heilberufegesetzes – mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der CDU mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vorliegenden Form bei Enthaltung der Fraktion der Piraten einstimmig an.

8 Bericht über die Situation der Wohnungslosen und Wohnungslosenhilfe in NRW 25

Vorlage 16/814

- Bericht der Landesregierung

9 Landesinitiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ – Studie zur Analyse der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse 30

Vorlage 16/752

Vorlage 16/827

- Bericht der Landesregierung

Das Ministerium wird gebeten, einen Bericht über vorhandene Kontrollmechanismen zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen im Minijobbereich vorzulegen.

10 Bilanz für die Familie. Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW – Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten 40

Antrag

der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2118

Zunächst wird der Vorschlag des federführenden Ausschusses abgewartet.

11 Inklusion im Sport voranbringen – Gemeinsamen Sport von Menschen mit und ohne Behinderung fördern **41**

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/2275

Der federführende Ausschuss hat eine Anhörung beschlossen, die voraussichtlich am 1. Oktober 2013 ab 13:30 Uhr bzw. 14:00 Uhr stattfinden wird. An dieser Anhörung wird der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilnehmen.

12 Erstes Gesetz zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz) **42**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2432 (Neudruck)

Am 5. und 6. Juni 2013 findet eine Anhörung statt. An dieser Anhörung wird sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales als Pflichtsitzung beteiligen.

13 Verschiedenes **43**

Für die Informationsreise des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales im September 2013 wird eine Delegationsstärke von 5 : 3 : 2 : 1 : 1 vereinbart.

7 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1188
APr 16/168

Bericht der Landesregierung

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, dass heute abschließend über den Gesetzentwurf entschieden werden solle. Der Entwurf sei schon auf der Tagesordnung des nächsten Plenums vermerkt. Der Gesetzentwurf sei am 8. November 2012 eingebracht worden.

Beteiligt seien folgende Ausschüsse gewesen:

- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales federführend
- mitberatend Integrationsausschuss, Rechtsausschuss, Ausschuss für Schule und Weiterbildung, Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, Innenausschuss, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe zusammen mit dem Integrationsausschuss am 20. Februar 2013 eine Anhörung durchgeführt.

Die mitberatenden Ausschüsse hätten wie folgt entschieden:

- Integrationsausschuss: einstimmig angenommen
- Rechtsausschuss: einstimmig angenommen
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung: kein Votum
- Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: kein Votum
- Innenausschuss: einstimmig angenommen
- Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: kein Votum
- Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung: ebenfalls kein Votum

Die Fraktionen der FDP, der CDU und der Piraten hätten dem Ausschussesekretär gestern einen gemeinsamen und die Fraktion der CDU darüber hinaus einen weiteren Änderungsantrag übermittelt. Außerdem gebe es einen Entschließungsantrag der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Über diesen Antrag werde nach Anlage 8 Nr. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen aber nicht im Ausschuss abgestimmt, sondern nur im Plenum.

Selbstverständlich könne noch über das Thema diskutiert werden. In diesem Zusammenhang erinnere er an den Vorabend – eigentlich ein parlamentarischer Abend

–, an dem mit dem Verband Feier Berufe auch über dieses Thema diskutiert worden sei. Dieser Abend sei – gelinde gesagt – sehr merkwürdig gewesen.

Matthias Kerkhoff (CDU) führt aus, alle die gestern dem „denkwürdigen“ parlamentarischen Abend beigewohnt hätten, hätten – ebenso wie bei der Anhörung – den Wunsch vernehmen können, den Bereich der Fachärzte aus dem Gesetzentwurf herauszunehmen.

Gerade an dieser Stelle sollte die besondere Bedeutung und die Sicherstellung der hochwertigen medizinischen Versorgung berücksichtigt werden. Nordrhein-Westfalen sollte nicht als einziges Bundesland eine Sonderregelung im Anerkennungsgesetz vornehmen. Daher bitte er um Unterstützung des Änderungsantrags.

Arif Ünal (GRÜNE) will das Gesagte so nicht stehenlassen. Die Aussage, dass Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland mit einer Sonderstellung sei, sei nicht zutreffend. Ihm lägen ganz andere Informationen vor.

Am Vorabend sei auch die einjährige praktische Facharztausbildung in der Sowjetunion diskutiert worden. In § 11 Abs. 1 und Abs. 3 des Gesetzentwurfs könne man nachlesen, dass in der Bundesrepublik eine dreijährige Berufserfahrung vorgeschrieben sei.

Susanne Schneider (FDP) wirft ein, man könne den Vorabend merkwürdig finden oder auch nicht.

Vorsitzender Günter Garbrecht entgegnet, die Kollegin Schneider sei ja gar nicht bis zum Schluss da gewesen und wisse gar nicht, was da noch los gewesen sei.

(Heiterkeit von der SPD)

Susanne Schneider (FDP) bekräftigt, sie sei mehrfach entschuldigt worden, und zwar aus gutem Grund. – Wenn Experten eine andere Meinung verträten als die derzeitige Landesregierung, müsse der Abend deshalb nicht gleich „merkwürdig“ sein.

Sie jedenfalls sei stolz auf die in Deutschland hervorragend ausgebildeten Ärzte und auf den extrem hohen Facharztstandard. Fakt sei, dass die Ausbildung in Russland nicht in gleichem Maße erfolge. Ihr gehe es dabei gar nicht so sehr um die Sprache; aber eine Gruppe von Spezialisten, die ausgesprochen sensible Tätigkeiten ausübten, könnte man nicht mit Ingenieuren, Technikern oder ähnlichen Berufsgruppen über einen Kamm scheren.

(Zuruf von der SPD: Das ist aber sehr pauschal!)

Vorsitzender Günter Garbrecht weist darauf hin, dass in der Plenarberatung nochmals Gelegenheit bestünde, inhaltlich zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Im Ausschuss seien die Positionen nunmehr ausgetauscht, und daher solle man zur Abstimmung kommen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten zu einem neuen Artikel 7 – Änderung des Heilberufegesetzes – mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten ab.

Vorsitzender Günter Garbrecht bittet im Hinblick auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion die antragstellende Fraktion, den Passus, der eingefügt werden solle, kurz zu erläutern.

Matthias Kerkhoff (CDU) erläutert das Ziel des Änderungsantrags: Wenn die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach dem Aufenthaltsgesetz mit der Anerkennung eines ausländischen Berufsabschlusses einhergehe, solle eine Regelung geschaffen werden, nach der die erteilende Behörde über die Anerkennung informiert werde. Dies werde zu entsprechenden Vereinfachungen in den jeweiligen Verfahren führen.

Daniela Jansen (SPD) teilt den Eindruck nicht, dass mit einer solchen Regelung ein bürokratischer Aufwand vermindert werde; vielmehr werde der bürokratische Aufwand von einer auf die andere Behörde verlagert. Außerdem würden zwei Rechtskreise vermischt. Daher werde dem Antrag nicht zugestimmt.

Arif Ünal (GRÜNE) führt aus, das mit dem Antrag verfolgte Anliegen sei berechtigt, erzeuge aber den gegenteiligen Effekt. Derzeit laufe das Verfahren so, dass die Betroffenen selber mit den Unterlagen der Anerkennung zur Ausländerbehörde gingen und eine Aufenthaltserlaubnis beantragten. Das könne dann zwei oder auch drei Monate dauern.

Mit dem vorliegenden Antrag werde nun verlangt, dass die Anerkennungsbehörde die Unterlagen unabhängig von den Betroffenen an die Ausländerbehörde weiter-schicke. Das sei aber rein datentechnisch nicht möglich und erzeuge darüber hinaus zusätzliche Bürokratie, weil die Anerkennungsbehörde mit der Ausländerbehörde nochmals Daten austauschen müsste. Daher könne dem Antrag nicht zugestimmt werden.

Torsten Sommer (PIRATEN) hält das Stichwort „Datenschutz“ für entscheidend. Dass Ämter ohne Mitwirkung des Betroffenen Daten austauschten, werde als sehr kritisch angesehen. Der Antrag hätte zumindest einen Passus über „Information und Einwilligung des Betroffenen“ enthalten müssen; dann hätte man sich dem Antrag anschließen können. So aber sei er seitens der Piraten nicht zustimmungsfähig.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der CDU mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vorliegenden Form bei Enthaltung der Fraktion der Piraten einstimmig an.